

Regionalverband Südlicher Oberrhein

Körperschaft des öffentlichen Rechts



DS VVS 04/04
(Anlagen)

Freiburg i. Br., 23.04.2004

Unser Zeichen: 584641/21

Regionalverband
Südlicher Oberrhein

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstr. 19
79102 Freiburg i. Br.

Verbandsversammlung am 13.05.2004

TOP 5 (öffentlich) Resolution zum KKW Fessenheim hier: Antrag der SPD-Fraktion

– *beschließend* –

Anlage 1

1. **Beschlussvorschlag der Verbandsverwaltung**

Die Verbandsversammlung fasst die in der Anlage 1 beigefügte Resolution.

2. Anlass

Vor dem Hintergrund eines Antrages der SPD-Fraktion des Regionalverbands Südlicher Oberrhein vom 12.03.2004 zum Kernkraftwerk Fessenheim schlägt die Verbandsverwaltung vor, die Verbandsversammlung möge die in der Anlage beigefügte Resolution zum KKW Fessenheim verabschieden.

Anlage 2

Das KKW Fessenheim hat bereits seit seiner Inbetriebnahme durch zahlreiche Vorfälle für Aufregung gesorgt. Noch nie gab es so viele Pannen in einer so kurzen Zeit, wie seit Beginn des Jahres 2004. Das KKW ging 1977 ans Netz und ist damit das zur Zeit älteste am Stromnetz befindliche Kernkraftwerk Frankreichs. Seine zwei Reaktoren erzeugen jährlich so viel Strom, dass 92 % des Verbrauchs im Elsass damit gedeckt werden können. Auslöser der derzeitigen Beunruhigung in der Region war ein Bedienungsfehler am 24.01.2004, bei dem 300 Liter verbrauchte, hochradioaktive Kunstharze, die zum Reinigen des Kühlwassers in Filtern benutzt wurden, in den Primärkreislauf gelangt sind. Zwölf Mitarbeiter wurden innerhalb von drei Wochen im Block 1 des KKW Fessenheim leicht verstrahlt.

Zu den verschiedenen Sicherheitsfragen und -problemen kommen die erheblichen Informationsdefizite über die jüngsten Störfälle von Seiten der Betreiber, die die Sorgen in der Region noch verstärkt haben.

Resolution

- I. **Der Regionalverband Südlicher Oberrhein bittet die Bundesregierung, die Sorgen (Sicherheitsprobleme, Informationsdefizite, Katastrophenschutzplan) der Region zum Betrieb des Kernkraftwerks Fessenheim der Republik Frankreich zu übermitteln und auch in den deutsch-französischen Gesprächen zum Eurodistrikt zum Ausdruck zu bringen.**
- II. **Darüber hinaus wird die Bundesregierung gebeten, ihre Einschätzung zu folgenden Fragen mitzuteilen:**
 - **Wie sind die jüngsten Störfälle im KKW Fessenheim zu bewerten?**
 - **Wie wird die heutige und künftige Sicherheitslage des KKW Fessenheim gesehen, auch vor dem Hintergrund, dass die Betriebserlaubnis von ursprünglich 25 auf 40 Jahre verlängert werden soll?**
 - **Welche neuen Erkenntnisse liegen aus der Arbeitsgruppe „Strahlenschutz“ der Deutsch-Französischen-Kommission (DFK) oder der Deutschen Reaktorsicherheits-Kommission (RSK) zum KKW Fessenheim vor?**
 - **Wie schätzt die Bundesregierung den derzeitigen Katastrophenschutzplan für einen Störfall im KKW Fessenheim ein?**
- III. **Wir bitten die Bundesregierung, auf größere Sicherheit in Fessenheim bzw. auf dessen Abschaltung hinzuwirken.**

Begründung

Das Kernkraftwerk Fessenheim führt seit seiner Inbetriebnahme zu großer Beunruhigung in der Bevölkerung auf französischer, schweizerischer und deutscher Seite des Rheins. Diese Sorgen haben sich aufgrund verschiedener Ursachen seit Beginn des Jahres 2004 verstärkt.

Besorgniserregend sind erhebliche **Sicherheitsprobleme**, die in den letzten Monaten wiederholt thematisiert wurden. Dabei geht es einerseits um technische Pannen bzw. Mängel. Im Januar 2004 gelangten 300 Liter Kunstharze in den Primärkreislauf, was zu einer Verstrahlung von 12 Mitarbeitern innerhalb von drei Wochen geführt hat. Ende Februar fiel laut Presseberichten eine Pumpe der Abklingbeckens für die Brennelemente über 1,5 Minuten lang aus. Außerdem gaben französische Wissenschaftler bekannt, dass es Konstruktionsfehler bei den Notkühlsystemen von Druckwasserreaktoren gebe. Bei der jüngsten Zehnjahresuntersuchung wurden zudem feinste Haarrisse am Reaktordruckbehälter festgestellt. Andererseits problematisieren die französischen Behörden gegenüber dem Betreiber EDF erneut die Erdbebensicherheit des KKW Fessenheim. Zudem ist das nur wenige Kilometer von Euro-Airport entfernte KKW laut Presseberichten nicht gegen Flugzeugabstürze (z. B. auch durch mögliche terroristische Anschläge) geschützt und ebenso wenig gegen Hochwasser bei einem Bruch des Rheinseitenkanals.

Die Verunsicherung durch die technischen Probleme wird durch erhebliche **Informationsdefizite** über die Zwischenfälle seitens der Betreiber und der französischen Behörden noch verschärft. So hat die Direktion des KKW Fessenheim den „Kunstharz-Störfall“ im Januar erst fünf Tage später publik gemacht und diesen in seinen Auswirkungen zu niedrig eingestuft.

Der **Katastrophenschutzplan** für einen Störfall im KKW Fessenheim ist mit einem viel zu klein bemessenen Evakuierungsradius von 8 km für den Ernstfall nicht realistisch. Laut Presseberichten hat das Ökoinstitut in Darmstadt eine Studie verfasst, nach der bei einer echten Katastrophe in Fessenheim (Flugzeugabsturz oder Erdbeben) eine so große Menge an Radioaktivität freigesetzt würde, dass je nach Windrichtung und Wetterlage ein Bereich bis weit über den Großraum Stuttgart hinaus für 50 Jahre evakuiert werden müsste.

SPD - Fraktion im Regionalverband „Südlicher Oberrhein“

Antrag zum Kernkraftwerk Fessenheim

Die SPD-Fraktion fordert den Regionalverband Südlicher Oberrhein auf, die sofortige Schließung des Kernkraftwerks Fessenheim von den zuständigen französischen Behörden zu fordern. Der Regionalverband erwartet von den zuständigen Instanzen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Baden-Württemberg, im Sinne dieses Beschlusses ihrerseits bei den französischen Behörden vorstellig zu werden.

B E G R Ü N D U N G :

1.

Das Kernkraftwerk Fessenheim erzeugt seit seiner Inbetriebnahme große Sorgen in der Bevölkerung auf französischer und deutscher Seite des Rheins. Diese Sorgen haben vielfältige Ursachen, insbesondere

- Erdbebenunsicherheit des Gebietes von Fessenheim,
- dem völlig ungenügenden Schutz des Kernkraftwerks vor Flugzeugabstürzen, insbesondere bei Selbstmordattentaten, mit denen bei der derzeitigen Sicherheitslage leider weltweit gerechnet werden muß,
- die mögliche Sicherheitsbeeinträchtigung durch aufgetretene Haarrisse, deren Auswirkungen insbesondere im Zusammenhang mit dem Alterungsprozeß des verwendeten Materials nicht absehbar sind,
- die offenbar nachlassende Sicherheitsphilosophie der im Kernkraftwerk Beschäftigten, die sich aus den jüngsten Zwischenfällen, die medienöffentlich geworden sind, herleiten lassen.

2.

Das sehr maßgebliche Motiv der Antragsteller liegt aber in der Überzeugung vieler Menschen in der Bundesrepublik, zu denen wir uns rechnen, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie ethisch nicht verantwortbar ist. Die Katastrophe von Tschernobyl ist in unserer aller Erinnerung, sie kann sich jeden Tag wiederholen und der Alterungsprozeß der Kernkraftwerke, die ursprünglich für kürzere Laufzeiten gedacht waren als das beispielsweise heute schon in Fessenheim der Fall ist, macht diese Gefahren größer. Dazu kommt die früher nicht vorstellbare Terrorismusbedrohung. Während in der Bundesrepublik Deutschland dem durch die Schließungsvereinbarung der Kernkraftwerke zwischen Industrie und Regierung für die nächsten Jahre Rechnung getragen wurde, ist das Credo der französischen Kernkraftleitung in Fessenheim, die Laufzeit des Werkes auf beinahe die doppelte Zeit zu erstrecken, wie bei ihrer Errichtung vorgesehen war. Das kann nicht hingenommen werden.